



**EUROPÄISCHE KOMMISSION**  
GENERALDIREKTION IV - WETTBEWERB  
Information, Kommunikation, Multimedia  
**Telekommunikation und Post,**  
**Koordinierung Informationsgesellschaft**  
**Dr Herbert UNGERER**

Düsseldorf, 18. Februar 1998  
EC/IV/C1/HU/rd

ONLINE'98

Congress II.

Symposium II.4

Breitband-Kabelnetze auf dem Weg zu "Interactive Full Services Networks"

ENTWICKLUNG DER  
BREITBANDKABELNETZE AUS  
EUROPÄISCHER SICHT

- der EU Kabel Review

## Inhaltsverzeichnis

- 1 Highlights
- 2 Kurzfassung
- 3 Der EU Kabel-Review im Detail

Anhang : Auszüge aus der Mitteilung der europäischen Kommission betreffend die Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehnetsen durch ein und denselben Betreiber sowie die Aufhebung der Beschränkungen bei der Nutzung von Telekommunikationsnetzen für die Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität ("Cable - Review")

### 1. HIGHLIGHTS

- Wettbewerb im Kabelnetzmarkt Europas aus der Sicht des EU-Kabelreviews.
- Das Problem der "cross-ownership" zwischen Telekom- und Kabelnetz ist ein Schlüsselproblem der zukünftigen Entwicklung der europäischen Multi-Media Märkte.
- Die volle Liberalisierung des TK-Marktes am 1. Januar 1998 setzt einen neuen Rahmen.
- Gegenwärtige Entwicklungen und mögliche Lösungen.
- Die Rolle des EU Wettbewerbsrechtes

### 2. KURZFASSUNG

Die volle Liberalisierung des TK-Sektors zum 1. Januar 1998 hat die Entwicklung der Breitband-Kabelnetze in einen neuen, sehr viel größeren Kontext gestellt. Die Sicht aus EU-Ebene ist bestimmt durch den EU Kabelreview, der Anfang des Jahres veröffentlicht wurde.

Der EU-Kabelreview sieht die Breitband-Kabelnetze in Europa in ihrer neuen Schlüsselrolle als zukünftige kritische Komponente unserer Kommunikationsinfrastruktur beim Zugang zum Kunden - als kritischer Faktor für den Wettbewerb im "local loop".

Mit der Einführung des digitalen Fernsehens und der interaktiven Dienste, dem weiteren Fortschritt des Internet und des electronic commerce geht der Sektor durch ein entscheidendes Stadium, das die Wettbewerbsbedingungen für die kommenden Jahre bestimmen wird.

Die Breitband-Kabelnetze sind damit in einem weit größeren Rahmen als ihrer Rolle als traditionelles Verteilmedium von Fernsehkapazität zu sehen. Die Breitband-Kabelnetze der Zukunft positionieren sich im Wechselspiel der Märkte Fernsehverteilung, breitbandiger Internet-Zugang, Kabeltelefonie. Entwicklungspläne, die diese neuen

Potentiale nicht ausreichend beachten, sondern in traditionellen Überlegungen der Aufteilung / Rationierung von Fernsehkanälen verhaftet bleiben, werden langfristig wirtschaftlich und sozial keine Chance haben, da sie die Entwicklungschancen und Kommunikationsmöglichkeiten auf Teilmärkte limitieren.

Für die Kommission spielt unter dem Wettbewerbsgesichtspunkt der effektiven europaweiten Liberalisierung - nach der Beseitigung der TK-Monopolschranken zum 1. Januar 1998 - eine wesentliche Rolle, daß Nichtnutzung des neuen Potentials eine effektive Wettbewerbsbeschränkung bedeutet - und unweigerlich Marktstagnation in Europa nach sich ziehen würde. Es stellt sich deshalb die Frage, inwieweit die existierenden Marktstrukturen die neuen Marktentwicklungen zulassen. Dies ist das Zentralthema des Cable Reviews, den die Kommission nun vorgelegt hat.

Im Rahmen des Reviews war die Kommission auf Grund von Richtlinie 95/51/EG ("Kabelrichtlinie") und Richtlinie 96/19/EG ("Full Competition Richtlinie") verpflichtet, zum Beginn der vollen Liberalisierung des Marktes zum 1. Januar 1998 zwei Aspekte besonders zu prüfen, nämlich:

- ➡ die wettbewerblichen Auswirkungen der Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehtnetzen durch denselben Betreiber ("cross-ownership"). Dies ist natürlich insbesondere hier in der Bundesrepublik der Fall.
- ➡ die Beschränkungen bei der Nutzung von Telekommunikationsnetzen für die Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität. Diese Beschränkungen könnten in einer Reihe von Mitgliedstaaten eine hemmende Rolle bei der bevorstehenden Einführung neuer Technologien - wie ADSL - spielen.

Der Review beruht auf zwei auf der Kommission in Auftrag gegebenen Studien, die sich auf eingehende Untersuchungen des Sektors und eine breite Konsultation mit Beteiligten aus dem Sektor stützen.

Es sollte hinzugefügt werden, daß sich der Review auf Fragen des Wettbewerbs und der Innovationsfähigkeit beschränkt. Die Frage der Inhalte, die übertragen werden, sind nicht Gegenstand der Untersuchung. Die Kommission hat hierzu bekanntlich ein "Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen" veröffentlicht, in dem diese Fragen behandelt werden.

Die vier in dem Review herausgearbeiteten Hauptfragen bezüglich einer optimalen Entwicklung von Telekommunikations- und Multimediatechnologien sind

- ➡ das Diensteangebot: Fortgeschrittene Kabelfernseh- und PSTN (Public Switched Telephone Network) - Zugangstechnologien ermöglichen ein breites Angebot von Telekommunikations- und Multimedia-Diensten ( wie Mehrkanalfernsehen, Sprachtelefondienst und schnellen Internetzugang). Telefondienste werden über eine Reihe von festen und drahtlosen Netzen verfügbar sein (z.B. Stromnetze und WLL - "Wireless Local Loop"), diese Technologien werden jedoch kurz- bis mittelfristig nicht die Übertragungskapazitäten bereitstellen können, die zur Übertragung des gesamten Spektrums audiovisueller Dienste erforderlich ist. Wegen des Fehlens eines internen Rückkanals werden andere Technologien, die für die Übertragung von Mehrkanalfernsehen und Multimedia-Diensten gut geeignet sind, nicht in der Lage sein, das gesamte Angebot an interaktiven und

Zwei-Wege-Diensten anzubieten.

- der Grad an Diensteinnovation: Sowohl Kabelfernseh- als auch Telekommunikationsnetze haben das technische Potential, die Konzeption, Entwicklung und Realisierung eines breiten Spektrums an innovativen Telekommunikations- und Multimedia-Diensten zu ermöglichen (Fernsehdienste, vermittelte Video-Dienste, Punkt-Verteildienste, Hochgeschwindigkeitsdatendienste). Im Gegensatz dazu wird die Entwicklung innovativer Dienste über alternative Zugangstechnologien beschränkt bleiben, zum Beispiel wegen fehlender Fernsehkapazitäten oder zu geringer Bandbreite beim Nutzerzugang.
- Infrastrukturbeschränkungen: Jede Telekommunikationsinfrastruktur hat technische Beschränkungen in Bezug auf das mögliche Dienstangebot. Sowohl Kabelfernseh- als auch PSTN-Zugangstechnologien können derart aufgerüstet, daß die meisten dieser Beschränkungen entfallen, und bilden damit eine geeignete Grundlage für die Entwicklung des Telekommunikations- und Multimediasektors. Die Bandbreite kann durch den Einsatz von Breitband-Glasfasertechnologie erweitert werden. Zweiwege-Verstärker und Vermittlungseinrichtungen können eingesetzt werden, um Vermittlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Digitalisierung wird die Qualität und das Angebot von Diensten über feste und drahtlose Technologien erheblich verbessern. Dagegen wird die Aufrüstung von zahlreichen drahtlosen Technologien, wie WLL und DTH ("direct-to-home")-Satellitenübertragung, durch technische und umweltschutzbezogene Beschränkungen beeinflusst.
- Infrastrukturwettbewerb: Kabelfernseh- und PSTN-Systeme können gleichberechtigte Wettbewerber auf Ortsnetzebene für die Bereitstellung sämtlicher Telekommunikations- und Multimedia-Dienste sein. Mittelfristig wird Wettbewerb durch digitale Satelliten- und WLL-Betreiber sowohl für Fernseh- als auch für Telefondienste entstehen. Kabelfernseh- und PSTN-Systeme sind dagegen schon jetzt verfügbar und können den Wettbewerb im Teilnehmeranschlußbereich erheblich beschleunigen.

Nach Prüfung aller Möglichkeiten kommen die Studien zu dem Schluß, daß - mit der neuen dualen Natur der Fernseekabelnetze als Verteilung Kommunikationsmedium - ein optimales Ergebnis in den Fällen, in denen ein beherrschender PSTN TK-Netzbetreiber zugleich auch einen beherrschenden Eigentümereinfluß auf die Kabelinfrastruktur hat, nur bei einer vollständigen Entflechtung zu erzielen ist. Das in einer Hand liegende Eigentum an beiden Netzen ("cross-ownership") verhindert die Nutzung des vollen Entwicklungspotentials und das Entstehen neuer und innovativer Dienste und schreckt potentielle neue Marktteilnehmer ab. Dies könnte die effektive Umsetzung der vollen Liberalisierung vom 1. Januar 1998 entscheidend behindern. Die Berichte kommen deshalb zu dem Schluß, daß eine Entflechtung in bestimmten Umständen aufgrund der Wettbewerbsregeln geboten sein kann.

Im Endresultat kommt die europäische Kommission im Rahmen des vorgelegten Reviews zu der folgenden Auffassung :

Die Kommission legt eine EU Richtlinie zur strukturellen Trennung gemeinsam betriebener marktbeherrschender Telekom- und Kabelfernsehgesellschaften im Rahmen des EU Wettbewerbsrechtes vor. Außerdem wird sie die für die Bereitstellung von Kabelfernsehkapazität über Telekommunikationsnetze geltenden Beschränkungen und die

Zuteilung von Radiofrequenzen für Breitbandnetze laufend beobachten, um einschreiten zu können, wo dies gerechtfertigt sein sollte.

Die Kommission plant deshalb folgende Maßnahmen. Erstens sollen in der zu erlassenden EU-Richtlinie, die sich auf Artikel 90 EU-Wettbewerbsrecht stützt, die rechtliche Trennung zwischen Fernmeldeunternehmen und Kabelfernsehbetreibern - oder anders ausgedrückt - der getrennte Betrieb - durch Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit - von Kabelfernsehtetzen und TK-Netzen vorgeschrieben werden, insbesondere für die Fälle, in denen besondere und ausschließliche Rechte für den Kabelnetzbetrieb erteilt wurden. Hierdurch soll Transparenz bei Betrieb und Kosten und gleichzeitig mehr Unabhängigkeit bei beiden Aktivitäten entstehen. Vor allen Dingen erhalten die Regulierungs- und Wettbewerbsbehörden die Möglichkeit, den Betrieb von Kabelfernsehtetzen strikt zu überprüfen. Zumindest diese Maßnahme ist unverzichtbar, wenn man bedenkt, daß der Wettbewerb im Ortsnetz dort, wo der gleichzeitige Betrieb von Telekommunikations- und Kabelnetzen durch einen Eigner erlaubt ist, klar eingeschränkt ist.

Des weiteren beabsichtigt die Kommission, wenn nötig, im Einzelfall Artikel 86 oder Artikel 85 EU-Wettbewerbsrecht sowie die EU Fusionskontrollverordnung anzuwenden, beispielsweise wenn Veranlassung besteht, die wettbewerbsschädigenden Folgen einer doppelten Netzeignerschaft abzuschwächen. Die Kommission könnte auch von Amts wegen oder auf Grund einer von dritter Seite unter Berufung auf Artikel 86 eingereichten Wettbewerbsbeschwerde tätig werden. Ein Handlungsbedarf der Kommission ist auch dann gegeben, wenn ein marktbeherrschender Telekommunikations- und Kabelfernsehtznetzbetreiber der Kommission die Erweiterung seiner Geschäftstätigkeit auf neue Multimedia-Bereiche notifiziert. Je nach Lage des Falls kann die Kommission auf der Grundlage der Artikel 85 oder 86 oder der Fusionskontrollverordnung von dem Betreiber zusätzliche strukturelle oder sonstige wirksame Abhilfemaßnahmen verlangen.

Hinsichtlich der Beschränkungen für Telekommunikationsbetreiber in bezug auf die Bereitstellung von Kabelfernsehtkapazität über öffentliche Telekommunikationsnetze wird die Kommission die weitere Entwicklung beobachten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Hindernisse bei der Entwicklung der Multimedia-Märkte in der EU.

In den Fällen, in denen die Kommission entsprechend den gezogenen Schlußfolgerungen horizontale Maßnahmen auf der Grundlage von Artikel 90 ergreift, wird sie die entsprechenden Konsultationsverfahren durchführen. Insbesondere wird sie solche Maßnahmen an das Europäische Parlament, den EU Ministerrat, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen weiterleiten und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften für eine zweimonatige öffentliche Anhörung veröffentlichen. Dementsprechend steht die Veröffentlichung des Entwurfs der angekündigten Richtlinie zur strukturellen Trennung des TK - und Breitbandkabelnetzes - kurz "Kabelstrukturrichtlinie" - für eine Zweimonatsfrist im Amtsblatt an.

Die zukünftige Entwicklung der Breitbandkabelnetze ist ein determinierendes Element der zukünftigen Entwicklung der europäischen - und deutschen - Kommunikationsinfrastruktur insgesamt. EU-weit sind 41 der 146 Millionen TV Haushalte an Breitbandkabelnetze angeschlossen, d.h. eine Kabelanschlußdichte von 28%. In der Bundesrepublik ist die Kabelanschlußdichte 51%, in den Beneluxstaaten über 90%.

Eine schnelle strukturelle Deregulierung des Sektors könnte Europa eine Markt- und Technologie-Führerschaft in zentralen Bereichen wie den zukünftigen digitalen

Breitbanddiensten und dem zukünftigen breitbandigen Internet geben. Die wesentliche zukünftige Bedeutung des Internets liegt in seiner potentiellen Rolle als Bindeglied zwischen der jetzigen und zukünftigen Kommunikationsinfrastruktur - und die Breitbandkabelnetze werden bei dieser Entwicklung weltweit eine zentrale Rolle spielen. Die zukünftige Netzinfrastruktur, die durch das Internet angezeigt wird, könnte eine im Wettbewerb erbrachte multi-mediale Netzinfrastruktur sein - weltweit, aber dennoch auf einer lokalen Tarifstruktur basierend, mit einer allgemeinen Breitbandkapazität sowohl für Programmverteilung, wie neuen interaktiven Breitbanddiensten und klassischer TK.

In zehn der fünfzehn Mitgliedsstaaten der EU besteht eine starke Präsenz des dominierenden TK - Netzbetreibers in den Breitbandkabelnetzen. In weiteren zwei Mitgliedsstaaten hat der dominierende Betreiber entsprechende Business-Pläne angekündigt. In der Bundesrepublik hängen - direkt oder indirekt - 17 Millionen der 20 Millionen Kabel-Nutzer vom Kabel-Backbone- Netz der Deutschen Telekom ab. Damit kann die potentiell innovationshemmende Wirkung der cross-ownership zwischen TK-Netz und Kabel zum gordischen Knoten der zukünftigen Entwicklung werden.

Die Ankündigung der Deutschen Telekom, die Kabelaktivitäten aus dem TK-Bereich in ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit auszugliedern, ist deshalb sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Ob dieser Schritt ausreichend sein wird, wird die Zukunft zeigen. Die zukünftige Entwicklung kann nicht in der Entwicklung von Supermonopolen mit Kontrolle über die gesamte Wertschöpfungskette - von Sport-Rechten über Pay-TV bis hin zum TK-Netz liegen. Dies wäre der sichere Weg in Marktstagnation. Die zukünftigen Marktstrukturen müssen die Einbeziehung des Innovationspotentials aller Akteure und aller Märkte erlauben - einschließlich Internet und Sprachtelefon, sowie der neuen interaktiven Dienste.

### 3. DER EU - KABELREVIEW IM DETAIL

Die Grundlage für den Cable Review ist durch EU Richtlinien vorgegeben.

Die EU Kabelrichtlinie 95/51/EG vom 18 Oktober 1995 legte fest :

*"... in Fällen, in denen ein Betreiber das ausschließliche Recht besitzt, öffentliche Telekommunikationsinfrastruktur bereitzustellen, und darüber hinaus Kabelfernsehnetsinfrastruktur bereitstellt ..... nimmt die Kommission vor dem 1. Januar 1998 eine Gesamtbeurteilung der Auswirkungen dieser gleichzeitigen Bereitstellung im Hinblick auf die Ziele dieser Richtlinie vor."*

12. Am 13. März 1996 nahm die Kommission die Richtlinie über den vollständigen Wettbewerb an, die besagt:

*"Obwohl die Richtlinie 95/51/EG alle Beschränkungen bei der Erbringung liberalisierter Telekommunikationsdienste über Kabelfernsehnetsnetze aufgehoben hat, erhalten einige Mitgliedstaaten bei der Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze für die Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität noch gewisse Beschränkungen aufrecht. Die Kommission sollte die Lage hinsichtlich dieser Beschränkungen im Lichte der Zielsetzungen der genannten Richtlinie beurteilen, sobald der Telekommunikationsmarkt der vollständigen Liberalisierung näherkommt."*

In der Richtlinie heißt es ferner:

*"Bis zum 1. Januar 1998 nimmt die Kommission hinsichtlich noch bestehender Beschränkungen bei der Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze für die Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität eine Gesamtbeurteilung der Lage vor."*

Die dem Review zugrundeliegenden Studien wurden von international operierenden Beratungsunternehmen ausgeführt. Die Studien werden auf Anfrage zugänglich gemacht.

Kommentare zu den Vorschlägen der Kommission können unter anderem per email [cable.review@dg4.cec.be](mailto:cable.review@dg4.cec.be) an die Kommission gesandt werden.

Wesentliche Auszüge aus der Mitteilung sind im Anhang beigelegt. Der volle Text ist unter <http://europa.eu.int/en/comm/dg04/lawliber/en/cabrev1.htm> zugänglich. Der Entwurf der zu erlassenden Kabelstrukturrichtlinie<sup>2</sup> ist ebenfalls auf dieser Website veröffentlicht.

---

<sup>1</sup> "Cable Review - Study on the competition implications in telecommunications and multimedia markets of (a) joint provision of cable and telecoms networks by a single dominant operator and (b) restrictions on the use of telecommunications networks for the provision of cable television services," Arthur D Little International, 1997 und "Study on the Scope of the Legal Instruments under EC Competition Law available to the European Commission to implement the results of the ongoing review of certain situations in the telecommunications and cable television sectors," Coudert, 1997. Die in den Studien geäußerten Auffassungen binden die Kommission in keiner Weise.

<sup>2</sup> **ENTWURF EINER RICHTLINIE DER KOMMISSION ZUR ÄNDERUNG DER RICHTLINIE 90/388/EWG IM HINBLICK AUF IHRE EFFEKTIVE ANWENDUNG IM BEREICH MULTIMEDIA DURCH DIE RECHTLICHE TRENNUNG DER BEREITSTELLUNG VON TELEKOMMUNIKATIONS UND KABELFERNSEHNETZEN DURCH EIN UND DENSELBEN BETREIBER**

## Anhang

Auszüge aus der Mitteilung der europäischen Kommission betreffend die  
Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehtnetzen durch ein  
und denselben Betreiber sowie die Aufhebung der Beschränkungen bei der  
Nutzung von Telekommunikationsnetzen für die Bereitstellung von  
Kabelfernsehtkapazität

### ("Cable - Review")

.....

.....

#### 2.3 Optionen

24. Angesichts dieser Sachlage werden in der Studie eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen und anschließend einer Prüfung unterzogen. Im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Kabelfernseh- und Telekommunikationsnetzen durch ein und denselben Betreiber werden folgende Optionen untersucht:

unveränderte Aufrechterhaltung des Betriebs beider Netze in einer Hand,

rechtliche Trennung (Gründung einer 100%igen Kabel-Tochtergesellschaft),

vollständige Trennung.

25. Im Zusammenhang mit den Beschränkungen bei der Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze für die Bereitstellung von Kabelfernsehübertragungskapazitäten wurden folgende Alternativen untersucht:

Aufrechterhaltung des Status quo,

Aufhebung der für bestimmte öffentliche Fernmeldeorganisationen geltenden Bestimmungen und/oder Berechtigung der öffentlichen Fernmeldeorganisationen zur Bereitstellung von Kabelfernsehübertragungskapazitäten über Telekommunikationsnetze,

Aufhebung der Beschränkungen bei der Erteilung von Lizenzen für den Betrieb von Kabelfernsehtnetzen.

26. Im Rahmen eines stufenweisen Vorgehens werden in dem Bericht auch eine Reihe von Zwischenschritten und Übergangslösungen erörtert. Die Einzelheiten ergeben sich aus Anhang 2.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Der Bericht untersuchte auch die folgenden Optionen:

- Möglichkeit des doppelten Netzbetriebs bei gleichzeitiger Entwicklung von DTH hin zu digitalen Mehrkanaldiensten
- Möglichkeit des doppelten Netzbetriebs mit offenem Zugang zum Kabelnetz



Die Studien werden auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

27. Nach Prüfung aller Möglichkeiten kommt die Marktstudie zu dem Schluß, daß ein optimales Ergebnis in den Fällen, in denen ein beherrschender Telekommunikationsbetreiber zugleich auch einen beherrschenden Eigentümereinfluß auf die Kabelinfrastruktur hat, nur bei einer vollständigen Entflechtung zu erzielen sei. Das in einer Hand liegende Eigentum an beiden Netzen verhindert das Entstehen neuer und innovativer Dienste und schreckt potentielle neue Marktteilnehmer ab. Dies könnte die effektive Umsetzung der vollen Liberalisierung bis zum 1. Januar 1998 verhindern. Die Berichte kommen zu dem Schluß, daß eine Entflechtung in bestimmten Umständen aufgrund der Wettbewerbsregeln geboten sein könnte.

In der Frage der Beschränkungen bei der Nutzung öffentlicher Telekommunikationsnetze für die Bereitstellung von Kabelfernsehübertragungskapazitäten kommen die Studien zu dem Schluß, daß je nach der generellen Wirkung einer solchen Maßnahme auf die Wettbewerbssituation bei den Ortsnetzen die Aufhebung der Beschränkungen geboten sein kann.

### **3. Eingehende Untersuchung der gemeinsamen Bereitstellung und von Beschränkungen der Bereitstellung von Kabelfernsehkapazität**

28. In diesem Abschnitt wird auf der Grundlage von Teilen der Studien eine eingehende Untersuchung der Hauptgegenstände der Gesamtbeurteilung vorgenommen: des Auswirkungen der gemeinsamen Bereitstellung von Netzen und der Beschränkungen bei der Bereitstellung von Kabelfernsehkazität.

#### **3.1 Auswirkungen der Bereitstellung von Kabelfernsehkazität durch Telekommunikationsunternehmen**

29. Die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse läßt den Schluß zu, daß es mit dem derzeitigen Stand die Innovationsfähigkeit des Telekommunikations- und Multimedia-Sektors in der Europäischen Union nicht zum besten steht.<sup>4</sup>
30. Die Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehtetzen durch ein und denselben Betreiber wirkt sich auf die Entwicklung der Telekommunikations- und Multimedia-Märkte in den Mitgliedstaaten hauptsächlich in vierfacher Weise nachteilig aus. Die Nachteile sind:

schleppende Aufrüstung der Kabelnetze auf bidirektionalen Betrieb

- 
- Möglichkeit des doppelten Netzbetriebs mit Öffnung des Frequenzspektrums für drahtlosen Teilnehmeranschluß (schmalbandig)
  - rechtliche Trennung und getrennte Geschäftsführung
  - Teileigentümerschaft
  - Einsetzung eines unabhängigen Treuhänders
  - Trennung von Netz und Diensten

Siehe Anhang 2.

<sup>4</sup> Auf audiovisuelle und inhaltliche Probleme sowie auf Fragen im Zusammenhang mit der Stellung öffentlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten wird in dieser Mitteilung nicht näher eingegangen. Allgemeineren audiovisuellen Themen hat die Kommission in dem Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen ("Grünbuch Konvergenz") untersucht.

In dieser Mitteilung geht es ausschließlich um Fragen der Innovationsfähigkeit und Marktstruktur auf der Grundlage des Infrastrukturangebots.

Verhinderung der Entwicklung konkurrierender Infrastrukturen

Einschränkung des Dienstewettbewerbs und

Verringerung der Innovationsfähigkeit.

31. Im Falle der Bereitstellung beider Netze durch ein und denselben Betreiber fehlt der Anreiz zur Umrüstung des Kabelfernsehnetzes auf bidirektionalen Betrieb. Der Grund hierfür ist, daß sich aus der Umrüstung eines Kabelfernsehnetzes keinerlei wirklicher finanzieller Nutzen ziehen läßt, weil dadurch der Kernbereich des Telekommunikationsnetzbetreibers aus der Sicht des Kunden Konkurrenz erhält. Eine Konkurrenzsituation würde nicht nur bei den Telefondiensten, sondern auch bei den fortgeschritteneren Multimedia-Diensten wie etwa Internet oder Diensten der Zukunft wie "Video on Demand" entstehen. Es wird allgemein davon ausgegangen, daß sich mit Investitionen in das Kabelfernsehnetz für den gleichzeitigen Betreiber kein Nettogewinn erzielen läßt.
32. Darüber hinaus gilt das Hauptinteresse des gleichzeitigen Betreibers wahrscheinlich nicht der Entwicklung des Kabelfernsehggeschäfts, weil mit diesem Bereich nur ein Bruchteil der Gesamteinnahmen aus dem Telekommunikations- und Kabelgeschäft erwirtschaftet wird. Im EU-Durchschnitt belaufen sich die Einnahmen aus dem Kabelgeschäft auf weniger als 10 %. Aus diesem Grund ist es unwahrscheinlich, daß ein von einer Fernmeldeorganisation betriebenes Kabelfernsehnunternehmen mit dem zur Weiterentwicklung des Systems nötigen Interesse geführt wird.
33. Für den unabhängigen Kabelnetzbetreiber stellt sich das Problem nichtlohnender Investitionen in dieser Form nicht. Die Umrüstung eines bestehenden Kabelnetzes auf bidirektionalen Betrieb ist weniger kostenintensiv als der Aufbau eines völlig neuen Fernmeldenetzes. Die Gewinne des unabhängigen Kabelfernsehanbieters sind jedoch Reingewinne, weil sie sich nicht - wie im Falle der ein Kabelnetz betreibenden Fernmeldeorganisation - nachteilig auf die Einnahmen aus anderen Geschäftsbereichen auswirken. Wenn der unabhängige Kabelfernsehbetreiber Telekommunikationsdienste anbietet, erschließt er sich hierdurch höchstwahrscheinlich einen völlig neuen Kundenkreis, ohne daß Kunden aus einem anderen Geschäftsbereich verlorengehen.
34. Der gleichzeitige Betrieb von Kabel- und Telekommunikationsnetzen hat auch tiefgreifende Auswirkungen auf die Wettbewerbssituation im Dienste- und im Infrastrukturbereich, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Erstens erhalten Unternehmen, die mit dem marktbeherrschenden Fernmeldeunternehmen konkurrieren, nicht leicht Zugang zum Ortsnetz, wenn sowohl Kabel- als auch Telekommunikationsnetze in der Hand des beherrschenden Unternehmens liegen. Gerade dies jedoch hat den Wettbewerb im Telekommunikationssektor im Vereinigten Königreich entscheidend beeinflusst, denn mit der Öffnung der Märkte für Kabelnetzbetreiber sank der Marktanteil des Marktführers British Telecom sehr viel schneller, als dies bei früheren Wettbewerbern (in erster Linie dem Diensteanbieter Mercury) der Fall war. Mit der Aufrechterhaltung des doppelten Netzbetriebs wird Verbrauchern auf anderen Märkten der Zugang zu von dritter Seite angebotenen Breitband-Multimedia-Diensten versperrt. Zweitens zieht das Fehlen eines Wettbewerbs im lokalen Netz gleichzeitig auch eine Einschränkung des Wettbewerbs bei den Fernnetzen nach sich. Betreiber von Fernnetzen sind gezwungen, sich ihre Kunden direkt über das Ortsnetz des etablierten Fernmeldeunternehmens anzubinden. Der Wettbewerb bei den Fernnetzen wäre jedoch weitaus stärker, wenn es mit dem marktbeherrschenden Unternehmen konkurrierende Ortsnetzbetreiber gäbe, die ebenfalls über ein Kundenpotential verfügen. Einen Beleg hierfür liefern wiederum die Erfahrungen im Vereinigten Königreich. Drittens kann der doppelte Netzbetrieb auch die Einführung von interaktiven Breitband-Diensten abblocken oder verzögern. Den Studien zufolge sind gleichzeitige Betreiber von Kabel- und Telekommunikationsnetzen nur ungern zur Zusammenschaltung des Breitbandkabelnetzes mit dem öffentlichen Fernsprechnetz zwecks Bereitstellung echter interaktiver Dienste wie z.B. Zugang mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit zu Internet bereit. Schließlich werden auch Diensteanbieter vor Probleme gestellt, wenn sie für ihr Dienstangebot nicht zwischen verschiedenen Infrastrukturanbietern wählen können und nur auf einen einzigen Anbieter zurückgreifen können.
35. Die Entwicklung neuer Dienste kann im Falle eines doppelten Netzbetriebs ebenfalls behindert werden. Die Erfahrung von Kabelnetzbetreibern aus mehreren Mitgliedstaaten zeigt, daß die

marktbeherrschende Fernmeldeorganisation der Entwicklung innovativer Dienste durch unabhängige Kabelnetzbetreiber häufig einen Riegel vorschiebt. Aber selbst wenn die Bereitschaft zur Einführung der Dienste besteht, werden von den unabhängigen Kabelnetzbetreibern hierfür Kosten in einer Höhe verlangt, die das Unternehmen für letztere häufig unrentabel macht. Ist die Fernmeldeorganisation zugleich auch Betreiber eines Kabelnetzes, so hängt der Erfolg neuer Dienste häufig ganz von ihnen ab. Ohne die Beteiligung des doppelten Netzbetreibers wird nämlich die für die Einführung der neuen Dienste nötige kritische Masse nicht erreicht.

36. Im Ergebnis ist festzuhalten, daß die gemeinsame Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehtetzen durch ein beherrschendes Unternehmen das wichtigste Hindernis ist, das die Marktentwicklung und die wettbewerbsfördernden Effekte der Liberalisierung in bezug auf Multimedia in Europa verzögert.<sup>5</sup>

### **3.2 Auswirkungen von Beschränkungen bei der Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität**

37. Werden die Fernmeldeorganisationen an der uneingeschränkten Bereitstellung von Kabelfernsehübertragungskapazitäten gehindert, so kann sich dies ebenfalls nachteilig auf den Aufbau von Breitbandnetzen auswirken. In der Kabelrichtlinie wird den Kabelfernsehtnetzbetreibern das Recht auf Erbringung sämtlicher liberalisierter Telekommunikationsdienste eingeräumt. Demgegenüber gibt es jedoch keine Bestimmung, die den Fernmeldeorganisationen erlaubt, über ihr öffentliches Fernmeldenetz Übertragungskapazitäten für Kabelfernsehen anzubieten. Ob eine Fernmeldeorganisation mit einem Kabelfernsehtanbieter konkurrieren darf, hängt von den nationalen Bestimmungen ab. Selbst in den Fällen, in denen Telekommunikationsorganisationen Kabelnetze betreiben, kann dadurch der technische Fortschritt behindert werden, da die technischen Möglichkeiten zur Aufrüstung der Telekommunikationsnetze vorhanden sind und da Telekommunikationsnetze im Vergleich zu Kabelnetzen in den meisten Mitgliedstaaten eine viel höhere Penetrationsrate haben.
38. Die den verschiedenen Arten von Telekommunikationsnetzen zugrundeliegenden Technologien nähern sich einander immer mehr an. Fernmeldenetze können mit Hilfe von Technologien wie beispielsweise ADSL<sup>6</sup> auch Rundfunk- und Fernsehsignale übertragen. Wenn Fernmeldenetzbetreiber zusätzlich auch noch Komprimierungstechniken einsetzen, können sie Signale mit hoher Bandbreite über die bestehenden Kupferkabeltelefonleitungen übertragen. Bis zu sechs Fernsehkanäle könnten so übertragen werden. Fernmeldeunternehmen können sich somit überlegen, ob sie den Kabelnetzbetreibern bei den Fernsehkanälen und mehr noch bei den "Video-on-Demand"-Diensten, die den Pay-per-View-Diensten der Kabelfernsehtnetzbetreiber entsprechen würden, sowie beim breitbandigen Internet-Zugriff Konkurrenz machen wollen.
39. Das Europäische Parlament hat deshalb die Aufhebung solcher Beschränkungen im Rahmen der Liberalisierung des europäischen Telekommunikationssektors gefordert.<sup>7</sup>

## **4. Rechtslage in den Mitgliedstaaten**

40. Die Mitgliedstaaten sind derzeit dabei die Richtlinie 96/19/EG mit dem Ziel der Einführung

---

<sup>5</sup> Derzeit haben öffentliche Telekommunikationsorganisation in zehn Mitgliedstaaten eine starke Kablepräsenz. In zwei Mitgliedstaaten bestehen entsprechende Pläne. Zur Zeit sind sie in drei Mitgliedstaaten nicht präsent.

<sup>6</sup> Asymmetrical Digital Subscriber Line (Digitale asymmetrische Teilnehmerleitung). Näheres hierzu siehe Studie von Arthur D. Little (Fußnote4).

<sup>7</sup> Entschließung vom 15. Juni 1995, ABl. Nr C 166, 3.7.1995, S. 109, und Entschließung vom 19. Mai 1995, ABl. Nr C 151, 19. 6. 1995, S. 479.

vollständigen Wettbewerbs bis zum 1. Januar 1998 umzusetzen.<sup>8</sup> Mit Ausnahme eines Mitgliedstaats wurden im Rahmen der einzelstaatlichen Gesetzgebung zur Aufhebung besonderer und ausschließlicher Rechte keine Maßnahmen getroffen, die die Frage des gemeinsamen Betriebs berühren.

41. Kabelnetzbetreiber werden weiterhin auf verschiedenen Ebenen reguliert. Die meisten Mitgliedstaaten erteilen Lizenzen zum Betrieb von Kabelnetzen auf örtlicher Ebene, vielfach unter Gewährung besonderer und ausschließlicher Rechte. Von Land zu Land unterschiedlich geregelt sind auch die Voraussetzungen für den Betrieb eines Kabelnetzes, das gleiche gilt für etwaige Beschränkungen, die marktbeherrschenden Fernmeldenetzbetreibern bei der Bereitstellung von Kabelfernsehdiensten über ihr Telekommunikationsnetz auferlegt werden.
42. Der gleichzeitige Betrieb von Fernmelde- und Kabelnetzen ist allen Mitgliedstaaten erlaubt. In einigen Mitgliedstaaten bestehen jedoch Beschränkungen hinsichtlich der Höhe der Beteiligung des Fernmeldenetzbetreibers an dem Kabelfernsehunternehmen.<sup>9</sup> Andere Mitgliedstaaten vertrauen zur Regulierung der Geschäftstätigkeit des doppelten Netzbetreibers auf das geltende Wettbewerbsrecht.
43. Die Bereitstellung von Kabelfernsehdiensten über Fernmeldenetze ist in zwei Ländern ausdrücklichen Beschränkungen unterworfen. In anderen Mitgliedstaaten gibt es zwar keine ausdrücklichen Beschränkungen, doch bietet die Fernmeldeorganisation dennoch aus verschiedenen Gründen, die teilweise mit der Regulierungssituation zusammenhängen, keine Übertragungskapazitäten für Kabelfernsehen an. Längerfristig werden die Fernmeldeorganisationen hierdurch jedoch davon abgehalten, Übertragungskapazitäten für Kabelfernsehen anzubieten, was sich aller Wahrscheinlichkeit nach nachteilig auf den Infrastrukturwettbewerb und den Multimedia-Sektor auswirken und dazu führen wird, daß sich die Entwicklung der Telekommunikations- und Multimedia-Märkte in der EU nicht unter den günstigsten Bedingungen vollzieht.<sup>10</sup> Die Beschränkungen sollten daher nicht als Dauerzustand betrachtet werden, sondern überall in der EU nach einem genau festgelegten und transparenten Zeitplan aufgehoben werden, wenn echter Wettbewerb bei Ortsnetzen entsteht. Der Zeitplan sollte hinreichend flexibel sein, um der besonderen Situation einiger Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.
44. Es ist deshalb festzustellen, daß die Marktentwicklung bei der Übertragung von Fernsehkapazität über öffentliche Telekommunikationsnetze noch am Anfang steht und die regulatorische Situation deshalb noch unbestimmt ist.
45. Die Beschränkungen der weiteren Entwicklung bei der Bereitstellung von Kabelfernsehkapazität durch die Anwendung von neuen Technologien (Weiterentwicklung des öffentlichen Telekommunikationsnetzes, z.B. mit ADSL, oder Erteilung von Genehmigungen für drahtlose Breitbandtechnologien) könnten ein wesentliches Hindernis für die Marktentwicklung bei

---

<sup>8</sup> Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen über die Umsetzung des Reformpakets für den Telekommunikationssektor (erste Aktualisierung), KOM(97) 504 endg., 8.10.1997

<sup>9</sup> In Spanien darf das marktbeherrschende Fernmeldeunternehmen Telefónica erst nach Ablauf einer Übergangsfrist, die zwischen 16 Monaten und zwei Jahren betragen kann, in einem neuen Lizenzgebiet ein Kabelfernsehnnetz betreiben. Im Vereinigten Königreich können British Telecom sowie Mercury und Kingston Communications mit entsprechender Genehmigung ein Kabelfernsehnnetz betreiben, wobei jedoch eine administrative Trennung zwischen beiden Geschäftsbereichen erfolgen muß. In einer Reihe von Mitgliedstaaten sind keine ausdrücklichen Beschränkungen vorgesehen, doch ist die Situation unklar. Es ist zu erwarten, daß Probleme auftauchen, sobald neue Technologien eingesetzt werden sollen. Auf der Grundlage der Studien geht die Kommission davon aus, daß dies in zehn Mitgliedstaaten der Fall ist.

<sup>10</sup> Im Vereinigten Königreich ist dem dadurch Rechnung getragen worden, daß die British Telecom und den anderen Fernmeldeorganisationen auferlegten Beschränkungen zeitlich begrenzt sind.

Multimedia werden.

## 5. Prüfung und Maßnahmen auf der Grundlage der Wettbewerbsvorschriften

46. Der Vertrag und insbesondere sein Artikel 90 betrauen die Kommission mit der Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Mitgliedstaaten in bezug auf öffentliche Unternehmen und auf Unternehmen, die über besondere oder ausschließliche Rechte verfügen, ihre gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen erfüllen. Gemäß Artikel Absatz 3 kann die Kommission einerseits die sich aus diesem Artikel ergebenden Pflichten verdeutlichen und klarstellen und andererseits Pflichten für die Mitgliedstaaten festsetzen, die erforderlich sind, um der Kommission eine wirksame Wahrnehmung der ihr in diesem Absatz auferlegten Überwachungspflicht zu erlauben.
47. Die Kommission muß insbesondere dafür sorgen, daß die Mitgliedstaaten nicht ungeachtet der Abschaffung dieser Rechte Maßnahmen anwenden, die es nicht erlauben würden, die marktbeherrschende Stellung von Fernmeldeorganisationen mit den Mitteln des Wettbewerb anzugreifen, sobald die Liberalisierung der Sprachtelephondienste erfolgt. Auf diese Weise würde es diesen Fernmeldeorganisationen ermöglicht, ihre beherrschende Stellung auf den Märkten für Sprachtelephondienste und öffentliche Telekommunikationsnetze beizubehalten und dadurch die beherrschende Stellung des bereits vorhandenen Unternehmens verstärkt.

### 5.1 Horizontale Maßnahmen

#### 5.1.1 Gleichzeitiger Betrieb

48. Im Hinblick auf den gemeinsamen Betrieb hat die Richtlinie 95/51/EG (die "Kabelrichtlinie") den Grundsatz getrennter Buchführung aufgestellt und eine Präferenz für eine strukturelle Trennung zum Ausdruck gebracht, das heißt für den Betrieb der Telekommunikations- und der Kabelfernsehtnetze dieser Unternehmen durch klar von einander getrennte rechtliche Einheiten<sup>1</sup>.
49. Artikel 2 der Richtlinie bestimmt, daß die Mitgliedstaaten
  - die erforderlichen Maßnahmen treffen, um in Fällen, in denen ein Betreiber das ausschließliche Recht besitzt, öffentliche Telekommunikationsinfrastruktur bereitzustellen und darüber hinaus Kabelfernsehtinfrastruktur bereitstellt, Transparenz der Buchführung zu gewährleisten und ein diskriminierendes Verhalten zu verhindern;
  - die Trennung der Rechnungsführung bezüglich der Bereitstellung jedes Netzes und der Tätigkeit der Fernmeldeorganisation als Anbieter von Telekommunikationsdiensten sicherstellen und
  - dafür sorgen, daß ein Betreiber, der das ausschließliche Recht hat, in einem bestimmten Gebiet in einem Mitgliedstaat Kabelfernsehtnetzinfrastruktur bereitzustellen, eine getrennte

---

<sup>11</sup> In der achtzehnten Begründungserwägung der Kabelrichtlinie heißt es insbesondere: "Mitgliedstaaten, die dem selben Unternehmen das Recht auf Einrichtung von Kabelfernseh- und von Telekommunikationsnetzen gewähren, schaffen für die betreffenden Unternehmen eine Lage, in der für diese kein Anreiz besteht, Nutzer für das für die Erbringung des betreffenden Dienstes am besten geeignete Netz zu gewinnen, solange sie über freie Kapazität in dem anderen Netz verfügen. In diesem Fall haben sie im Gegenteil ein Interesse daran, überhöhte Gebühren für die Nutzung der Kabelinfrastruktur für die Erbringung von nichtvorbehaltenen Diensten zu verlangen, um den Verkehr über ihre Telekommunikationsnetze zu erhöhen. ... Um die Überwachung gegebenenfalls mißbräuchlichen Verhaltens zu ermöglichen, sollten die Mitgliedstaaten daher zumindest eine klare Trennung der Buchführung zwischen den beiden Tätigkeiten vorschreiben, obwohl eine vollständige strukturelle Trennung vorzuziehen ist."

Rechnungsführung für seine Tätigkeit als Anbieter von Netzkapazität für Telekommunikationsdienste hat, sobald sein Umsatz eine bestimmte Schwelle überschreitet.

50. Obwohl die Kabelrichtlinie die Entscheidung zwischen einer getrennten Buchführung und einer vollständigen strukturellen Trennung den Mitgliedstaaten überließ, stellte sie zugleich fest, daß die vorliegende Gesamtbeurteilung auf die Folgen eines solchen gleichzeitigen Betriebs für die Ziele der Richtlinie eingehen würde. In der Richtlinie wird festgehalten, daß die Kommission überdenken werde, "ob eine getrennte Buchführung ausreicht, um mißbräuchliche Praktiken zu verhindern" und prüfen, "ob eine solche gemeinsame Dienstleistung nicht zu einer Begrenzung des potentiellen Angebots von Übertragungskapazität zum Nachteil der Diensteanbieter in dem betreffenden Gebiet führt, oder ob weitere Maßnahmen gerechtfertigt sind" (zwanzigste Begründungserwägung), falls in der Zwischenzeit von den betreffenden mitgliedstaaten keine konkurrierenden Heimversorgungssysteme zugelassen worden seien.
51. Obwohl nach der Richtlinie 96/19/EG die Mehrzahl der Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet ist, ausschließliche oder besondere Rechte hinsichtlich Telekommunikationsnetzen zum 1. Januar 1998 abzuschaffen, wird in keinem dieser Staaten vor dem Ablauf eines längeren Übergangszeitraums wirksamer Wettbewerb hinsichtlich des Ortsnetzes auf nationaler Ebene gegeben sein. Was den gleichzeitigen Betrieb von Telekommunikations- und Kabelnetzen anlangt, haben nur wenige Mitgliedstaaten eine strukturelle Trennung durchgeführt<sup>12</sup>.
52. Obwohl die Trennung der Buchführung und die Anwendung geeigneter Methoden für die Zuweisung von Kosten sich für die Zwecke der Untersuchung und Verhinderung einer Reihe von möglicherweise mißbräuchlichen Praktiken des marktbeherrschenden Unternehmens als hilfreich erweisen können, bleiben die positiven Auswirkungen solcher Regeln weitgehend auf Praktiken beschränkt, welche die Preise betreffen. Wie es die Kabelrichtlinie jedoch bereits vorhergesehen hatte, kann die Stellung des marktbeherrschenden Unternehmens jedoch auch grundsätzlicheren Bedenken begegnen, die sich auf den wesentlichen "Interessengegensatz" zurückführen lassen, der dieser Stellung aufgrund der Kontrolle sowohl über die Telekommunikations- wie über die Kabelfernsehinfrastuktur eigen ist.
53. Die bloße Trennung der Buchführungen macht lediglich die Finanzbewegungen transparenter, während die gesetzliche Trennung zu einer erhöhten Transparenz im Hinblick auf Anlagegüter und Kosten führen und die Überprüfung der Profitabilität und der Geschäftsführung der Kabelnetzaktivitäten erleichtern wird. Die Bereitstellung von Telekommunikationsnetzen und jene von Kabelfernsehtnetzen sind verwandte Tätigkeiten. Die Stellung eines Betreibers auf einem dieser Märkte wirkt sich daher auf seine Stellung auf dem anderen aus und die Überwachung seiner Tätigkeiten auf diesen Märkten ist schwieriger.
54. Außerdem sind die zukünftigen finanziellen Aussichten eines noch nicht errichteten Kabelfernsehtnetzes für ein Unternehmen, das sich noch nicht auf den Märkten für Telekommunikations- oder pay-TV-Dienste etabliert hat, unsicher. Es ist deshalb wesentlich, daß eine marktbeherrschende Fernmeldeorganisation ihre eigenen Kabelfernsehtnetzaktivitäten dergestalt organisiert, daß sie überwacht werden können, damit ausgeschlossen werden kann, daß es seine Mittel zum Mißbrauch seiner Stellung gebraucht, zum Beispiel, daß es nicht neu in den

---

<sup>12</sup> Die Niederlande haben zum Beispiel eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die gleichzeitige Beteiligung der auf dem Markt aktiven Fernmeldeorganisation sowohl an Telekommunikations- wie auch an Kabelfernsehtinfrastruktur zu beschränken und eine Art struktureller Trennung zwischen diesen beiden Tätigkeiten einzuführen. Unter anderem wurden besondere Verpflichtungen entwickelt, um sicherzustellen, daß die auf dem Markt aktive Fernmeldeorganisation keinen Einfluß auf das Geschäftsverhalten des Kabelfernsehtbetreibers ausübt. Besondere "Chinesische Wälle" mußten geschaffen werden, um sicherzustellen, daß es nicht zu einem unmittelbaren oder mittelbaren Austausch kommerziell sensibler Informationen zwischen dem auf dem Markt tätigen Fernmeldeorganisation und dem Kabelfernsehtbetreiber kommt. In Deutschland hat Deutsche Telekom unlängst angekündigt, daß seine Kabelfernsehtnetze in eine vom Telekommunikationskernbereich getrennte Gesellschaft verlagert werden würden.

Markt tretende Kabelfernsehtetze im Hinblick auf Zusammenschaltungsgebühren für Telephondienste gegenüber seinem eigenen Kabelfernsehtetz diskriminiert.

55. Bei der Anwendung der Wettbewerbsvorschriften auf konkrete Fälle ist es von wesentlicher Bedeutung, den rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang gebührend zu berücksichtigen. Das heißt, daß Änderungen hinsichtlich der auf einem Markt gegebenen Bedingungen wie zum Beispiel technologische und sonstige Entwicklungen sich auf die anhand der Wettbewerbsvorschriften vorzunehmende Prüfung unmittelbar auswirken. Angesichts der bevorstehenden Konvergenz und der Entwicklung neuer Multimedia-Märkte haben Überkreuzbeteiligungen zwischen Telekommunikations- und Kabelnetzen eine viel größere potentielle Bedeutung im Hinblick auf Marktmacht und das Potential für Mißbräuche. Das Geschäftsverhalten der betroffenen Unternehmen wird daher eine verstärkte Überprüfung erfordern, da umfangreiche Möglichkeiten für mißbräuchliches Verhalten und für Marktausschließungswirkungen bestehen. Die Trennung der Buchführungen ist insoweit eine unzulängliche Maßnahme.
56. Die Gesamtbeurteilung der Kommission erachtet es daher für notwendig, daß die gesetzliche Trennung - als Mindestmaßnahme - durchgeführt wird. Um in der Lage zu sein, schnellen technologischen Fortschritt zu gewährleisten und möglicherweise mißbräuchliches Verhalten wirksam überwachen zu können, wird sie daher einen vorschlag zur Änderung der Richtlinie 90/388/EG unterbreiten, der diese Anforderung aufstellen wird, um in vollem Umfang Wettbewerb in den Märkten für Telekommunikations- und Kabelfernsehtetzen zu ermöglichen.
57. Außerdem werden die Mitgliedstaaten möglicherweise besondere Maßnahmen zu treffen haben, um zu verhindern, daß in den lokalen Märkten für Telephondienste der Betreiber beider Netze der einzige Infrastrukturanbieter für seine Konkurrenten ist<sup>13</sup>. Dabei werden die besonderen Verhältnisse der relevanten lokalen Märkte für Telephondienste zu berücksichtigen sein, wo die Verdopplung von Infrastruktur langsam und aufwendig ist.

#### **5.1.2 Beschränkungen hinsichtlich der Bereitstellung von Kabelfernsehtkapazität**

58. Die für Fernmeldeorganisationen geltenden Beschränkungen, Kabelfernsehtkapazität mittels ihrer öffentlichen Telekommunikationsnetze anzubieten, kann zu einer Situation führen, in der Anbieter von Kabelfernsehtdiensten daran gehindert werden, die Kapazität des öffentlichen Telekommunikationsnetzes der Fernmeldeorganisation für Kabelfernsehtdienste zu nutzen. Der Ausschluß der Benutzung des öffentlichen Telekommunikationsnetzes erhöht den Mangel an verfügbarer Kabelfernsehtübertragungskapazität. Die Beschränkungen der verfügbaren Kapazität haben besonders schwerwiegende Auswirkungen für Kabelfernsehtanbieter aus anderen Mitgliedstaaten, da die Zuteilung der auf Kabelfernsehtnetzen verfügbaren Kapazität auf den Mediengesetzen der Mitgliedstaaten beruht, die in der Regel nationalen Anbietern den Vorzug einräumen oder einräumten.
59. Die Maßnahmen, durch welche die Nutzung von Telekommunikationsnetzen zum Zweck der Bereitstellung von Kabelfernsehtkapazität beschränkt wird, könnten daher gegen Artikel 90 in Verbindung mit Artikel 59 des Vertrages verstoßen. Artikel 59 könnte auch in den Fällen Anwendung finden, in denen die Beschränkungen unterschiedslos für alle Unternehmen mit Ausnahme der relevanten Kabelfernsehtnetzbetreiber gelten. Es ist nicht erforderlich, daß alle Unternehmen eines Mitgliedstaats im Verhältnis zu ausländischen Unternehmen bevorzugt werden.

---

<sup>13</sup> Die in einzelnen Fällen zu treffenden Maßnahmen könnten die Aufteilung der die Fernsehkabelnetze betreibenden Einheit in mehrere regionale Einheiten, die Öffnung des Kabelbetreibers für eine Beteiligung dritter Unternehmen oder das Erfordernis, diesen Bereich vollständig zu veräußern, umfassen. Dem Erfordernis, das Eigentum an dieser Einheit oder diesen Einheiten, welche die Kabelfernsehtnetze betreibt bzw. betreiben, vollständig oder teilweise zu veräußern, könnte durch die Einsetzung eines Treuhänders mit einer unwiderruflichen Vollmacht zum Verkauf und zur Errichtung einer Geschäftsführungsstruktur für den zur Durchführung der Veräußerung benötigten Zeitraum entsprochen werden,

Es genügt, daß die Vorzugsbehandlung bestimmten einheimischen Betreibern zugute kommt<sup>14</sup>. Wenn diese Maßnahmen Fernmeldeorganisationen daran hindern, ihre Telekommunikationsnetze zu dem Zweck der Nutzung für vollumfängliche Multimediafunktionen umzurüsten, könnten sie auch gegen Artikel 90 in Verbindung mit Artikel 86 Buchstabe b des Vertrages verstoßen.

60. Obwohl diese Maßnahmen die technologische Entwicklung der Netze beschränken und die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen behindern, könnten zeitweilige Beschränkungen in diesem Bereich durch das Erfordernis, einen wirksamen Wettbewerb zwischen den in den relevanten Märkten miteinander konkurrierenden Unternehmen zu gewährleisten, gerechtfertigt sein, solange es hinsichtlich des Ortsnetzes keinen wirksamen Wettbewerb gibt. Dies könnte in den geographischen Gebieten, in denen Kabelnetze noch nicht vollständig verlegt worden sind, von besonderer Bedeutung sein.
61. Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Ergreifen horizontaler Maßnahmen zu diesem Zeitpunkt nicht gerechtfertigt sein könnte, da nur zwei Mitgliedstaaten ausdrückliche Beschränkungen aufrechterhalten. In wenigstens zehn Mitgliedstaaten scheint die Lage jedoch ungeklärt zu sein, und Hindernisse für die zukünftige Entwicklung der konvergierenden Multimediämärkte könnten sehr schnell entstehen. In Belgien zum Beispiel plant der Telekommunikationsbetreiber als Reaktion auf die Einführung von Kabelmodems durch die Kabelnetzbetreiber massive Investitionen in die ADSL-Technik, um seinen Kunden ebenfalls einen Hochgeschwindigkeits-Internetzugang anbieten zu können. Dementsprechend wird die Kommission die Situation weiterhin beobachten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Beeinträchtigungen der Entwicklung der Multimediämärkte in der EU (so wie etwa die Einführung von Breitband-Internetdiensten).

### **5.1.3 Zuteilung von Frequenzen für drahtlose Breitbandnetze**

62. Angesichts der Auswirkungen der Beschränkungen hinsichtlich der Zuteilung von Radiofrequenzen auf die Gesamtverfügbarkeit von Kabelfernsehkapaazität, insbesondere für neue Marktentwicklungen und Technologien, ist die kommerzielle Bereitstellung neuer Breitbandübertragungskapazität von größter Bedeutung. In der Zukunft werden drahtlose Breitbandanwendungen technisch möglich und wirtschaftlich tragfähig sein.
63. Gemäß der Wettbewerbsrichtlinie (96/19/EG) sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Lizenzen für solche Breitbandanwendungen nicht zu verweigern, sofern die erforderlichen Frequenzen verfügbar sind. Angesichts der Bedeutung dieser Frage wird die Kommission die Erteilung von Radiofrequenzlizenzen durch die Mitgliedstaaten eng verfolgen und erforderlichenfalls Maßnahmen ergreifen.

Falls Mitgliedstaaten die Erteilung von Lizenzen für solche Anwendungen aus anderen Gründen als der Nichtverfügbarkeit von Frequenzen ablehnen sollten, könnten diese Verzögerungen daher mit dem Vertrag unvereinbar sein.

64. Die gegenwärtigen Beschränkungen hinsichtlich der Zuteilung von Radiofrequenzen können als Maßstab dienen, welcher der Beschränkung der Bereitstellung von Kabelfernsehkapaazität insbesondere für neue innovative Dienste entspricht. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, daß die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen im Hinblick auf die Zuteilung neuer Frequenzen nachkommen, insbesondere dort, wo neue technologische Möglichkeiten dies erlauben. In naher Zukunft könnten drahtlose Breitband-Kabelfernsehtetze eine solche Alternative darstellen.

### **5.1.4 Zusammenfassung**

---

<sup>14</sup> Vgl. das Urteil des EuGH vom 25. Juli 1991 in der Rechtssache Mediawet I, Slg. 1991, I-4069, Randnummern 14 ff., insbesondere Randnummer 25.



65. Die Kommission wird eine Maßnahme zur strukturellen Trennung gleichzeitig betriebener marktbeherrschender Fernmeldeorganisationen und Kabelfernsehgeseellschaften vorlegen. Außerdem wird sie die für die Bereitstellung von Kabelfernsehkazazität über Telekommunikationsnetze geltenden Beschränkungen und die Zuteilung von Radiofrequenzen für Breitbandortsnetze laufend beobachten, um einschreiten zu können, wo dies gerechtfertigt sein sollte.

## 5.2 Maßnahmen im Einzelfall

66. Der oben beschriebene horizontale Ansatz bietet nicht mehr als eine Grundgewähr für die Anwendung des EG-Wettbewerbsrechts auf das Problem des gleichzeitigen Betriebs von Telekommunikations- und Kabelfernsehtetzen. Um die bestmöglichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Telekommunikations- und Multimedia-Märkte zu schaffen, werden jedoch auch Einzelmaßnahmen, die entweder an die betroffenen Mitgliedstaaten<sup>15</sup> oder Unternehmen<sup>16</sup> gerichtet sind, erforderlich sein.

Die Kommission wird die einzelnen Fälle jeweils auf der Grundlage ihres Sachverhalts zu prüfen haben.

67. Artikel 86 gilt für den Fall, daß einzelne Unternehmen eine beherrschende Stellung auf einem Markt innehaben. Er sollte daher im vorliegenden Sektor erst recht Anwendung finden, wenn ein Unternehmen sowohl ein Telekommunikations- als auch ein Kabelnetz betreibt, insbesondere wenn es auf beiden Märkten eine beherrschende Stellung einnimmt. Falls Unternehmen auf zwei Märkten eine beherrschende Stellung innehaben müssen sie besonders darauf achten, daß durch ihr Verhalten ein echter unverfälschter Wettbewerb nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere darf diese marktbeherrschende Stellung nicht auf angrenzende Märkte übertragen werden, das Entstehen neuer Dienste verhindern oder durch Aufkäufe oder horizontale bzw. vertikale kooperative Gemeinschaftsunternehmen noch weiter ausgebaut werden.

Innerhalb des in dieser Bekanntmachung gezogenen Rahmens können im Zusammenhang der bestehenden Rechtsprechung zu den Artikeln 86 und 80 bestimmte gemeinsame Ansatzpunkte identifiziert werden.

68. Unter bestimmten Voraussetzungen könnte es sich so verhalten, daß das einzige Mittel, das die Einführung eines vom Wettbewerb geprägten Umfelds erlaubt, in der Veräußerung des Kabelfernsehtetzes durch das Fernmeldeunternehmen besteht. Je nach Lage der Dinge sind auch andere Lösungsmodelle denkbar<sup>17</sup>.
69. Gemäß Artikel 90 in Verbindung mit Artikel 86 kann die Kommission, wenn ein Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung die unmittelbare Folge einer staatlichen Maßnahme darstellt, zusätzlich zu den oben (unter 5.1) geschilderten horizontalen Maßnahmen unter Berücksichtigung der geltenden Rechtsprechung, der Marktentwicklung und des ordnungspolitischen Rahmens individuell vorgehen, um Mißbräuche wie die unrechtmäßige Ausdehnung einer marktbeherrschenden Stellung zu verhindern.
70. Die Kommission kann von Amts wegen oder nach Eingang einer Beschwerde Maßnahmen gemäß Artikel 86 einleiten. Außerdem besteht gemäß der Durchführungsverordnung (EWG) Nr.17/62 zu Artikel 85 und gemäß der Fusionskontrollverordnung die Möglichkeit, eine Maßnahme im Sinne

---

<sup>15</sup> Mittels weiterer Maßnahmen auf der Grundlage von Artikel 90.

<sup>16</sup> Mittels weiterer Maßnahmen auf der Grundlage von Artikel 86 bzw. 85 oder der Fusionskontrollverordnung.

<sup>17</sup> Siehe hierzu insbesondere Teil I der Coudert-Studie.

von Artikel 85 bei der Kommission anzumelden. Die Kommission wird die Anmeldung anhand der ihr zur Verfügung stehenden Fakten prüfen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß eine Ausweitung der Aktivitäten eines Betreibers, der sowohl bei den Telekommunikations- als auch den Kabelfernsehtznetzen eine marktbeherrschende Stellung einnimmt, auf angrenzende Bereiche ernsthafte Bedenken in Bezug auf die Wettbewerbssituation hervorrufen wird.

71. Zusammenfassend läßt sich im Hinblick auf fallspezifische Maßnahmen sagen:

Die Kommission wird entweder von Amts wegen oder aufgrund einer Anmeldung oder Beschwerde die in den Mitgliedstaaten jeweils gegebene Lage zu prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen auf der Grundlage der relevanten Wettbewerbsvorschriften zu ergreifen haben.

## 6. **Schlußfolgerungen**

72. Medienrelevante und inhaltliche Themen wurden in dieser Mitteilung ausgeklammert, da sich die Kommission mit diesen und anderen Fragen in dem dem Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen ("Grünbuch Konvergenz")<sup>18</sup> befaßt. Aus wettbewerbspolitischer Perspektive ist von Bedeutung daß Konvergenz auf der Schaffung einer breiten Basis wettbewerbsorientierter Telekommunikations- und Kabelfernsehtznetzinfrastrukturen aufbaut. Die vorliegende Gesamtbeurteilung ist deshalb von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Konvergenzprozesses, da sie sich mit der Errichtung wettbewerbsorientierter Infrastrukturen befaßt. Sie ergänzt damit das "Grünbuch Konvergenz".
73. Die Kommission räumt ein, daß aufgrund der unterschiedlichen Marktstrukturen in der EU nach maßgeschneiderten Lösungen gesucht werden muß, die den individuellen Gegebenheiten Rechnung tragen.
74. Es kann und sollte jedoch bereits jetzt dafür gesorgt werden, daß überall in der EU mindestens einem Grundprinzip Rechnung getragen wird, welches besagt, daß Investitionen von Fernmeldeunternehmen in multimediale Dienste vor dem Hintergrund der entsprechenden Marktstrukturen beurteilt werden. Die Bewertung des Einstiegs marktbeherrschender Betreiber in neue Multimedia-Bereiche wird davon abhängen, ob die erforderlichen strukturellen Veränderungen vorgenommen oder sonstige Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden.
75. Die Ausgangssituation für die Betätigung auf den konvergierenden Märkten muß im Einklang mit den Wettbewerbsregeln stehen. Konvergenz darf nicht zu Multimedia-Supermonopolen führen, sondern soll zur Schaffung wachstumsorientierter ökonomischer Strukturen führen, in denen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
76. Infolge der aus einer früheren Monopolstellung herrührenden gleichzeitigen Bereitstellung von Telekommunikations- und Kabelfernsehtznetzen haben die marktbeherrschenden Fernmeldeorganisationen in vielen EU-Mitgliedstaaten eine ungleich bessere Ausgangsposition als Marktneulinge auf den verschiedenen konvergierenden Multimediämärkten. Erstens wird hierdurch eine optimale Entwicklung dieser Märkte erheblich erschwert. Mit Sicherheit wird der Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten hierdurch eingeschränkt werden, da sich Marktneulinge ohne Zutun des marktbeherrschenden Betreibers keinen Zugang zum Ortsnetz verschaffen können. Zweitens ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß der doppelt marktbeherrschende Betreiber dazu verleitet wird, sich in einer Weise zu verhalten, die innovationshemmend wirkt und durch die die Entwicklung der Multimedia-Märkte in der Europäischen Union gebremst wird.
77. Die Kommission plant zweierlei Maßnahmen. Erstens sollen in einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 90/388/EWG und 95/51/EG, die sich auf Artikel 90 stützt, die rechtliche Trennung

---

<sup>18</sup> Siehe oben Randnr. 9.

zwischen Fernmeldeunternehmen und Kabelfernsehbetreibern - oder anders ausgedrückt - Betrieb von Kabelfernsehtetzen und Fernmeldenetzen durch Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit festgelegt werden, insbesondere für die Fälle, in denen besondere und ausschließliche Rechte für den Kabelnetzbetrieb erteilt wurden. Hierdurch entsteht Transparenz bei Vermögen und Kosten und außerdem ein Verselbständigungseffekt bei beiden Aktivitäten. Vor allen Dingen erhalten die Regulierungsbehörden und Wettbewerbsbehörden die Möglichkeit, den Betrieb von Kabelfernsehtetzen speziell zu überprüfen. Zumindest diese Maßnahme ist unverzichtbar, wenn man bedenkt, daß der Wettbewerb im Ortsnetz dort, wo der gleichzeitige Betrieb von Telekommunikations- und Kabelnetzen erlaubt ist, klar eingeschränkt ist.

78. Des weiteren beabsichtigt die Kommission, wenn nötig, im Einzelfall Artikel 86 oder Artikel 85 sowie die Fusionskontrollverordnung anzuwenden, beispielsweise wenn Veranlassung besteht, die wettbewerbsschädigenden Folgen eines doppelten Netzbetriebs infolge früherer marktbeherrschender Stellungen abzuschwächen. Die Kommission könnte auch von Amts wegen oder auf Grund einer von dritter Seite unter Berufung auf Artikel 86 eingereichten Beschwerde tätig werden. Ein Handlungsbedarf der Kommission ist auch dann gegeben, wenn ein marktbeherrschender Telekommunikations- und Kabelfernsehtetzbetreiber der Kommission die Erweiterung seiner Geschäftstätigkeit auf neue Multimedia-Bereiche notifiziert. Je nach Lage des Falls kann die Kommission auf der Grundlage der Artikel 85 oder 86 oder der Fusionskontrollverordnung von dem Betreiber zusätzliche strukturelle oder sonstige wirksame Abhilfemaßnahmen verlangen.
79. Hinsichtlich der Beschränkungen für Telekommunikationsbetreiber in bezug auf die Bereitstellung von Kabelfernsehtkapazität über öffentliche Telekommunikationsnetze wird die Kommission die weitere Entwicklung beobachten, insbesondere im Hinblick auf mögliche Hindernisse bei der Entwicklung der Multimedia-Märkte in der EU.
80. Bezüglich der Vergabe von Funkfrequenzen wird die Kommission die Einhaltung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus der Richtlinie über den vollständigen Wettbewerb (96/19/EG) zur Erteilung von Lizenzen zur Nutzung von Funkfrequenzen auf nicht-diskriminierender Grundlage überwachen. Die Kommission wird die Verfahren in den Mitgliedstaaten genau prüfen und erforderlichenfalls Maßnahmen ergreifen.
81. In den Fällen, in denen die Kommission entsprechend den in Abschnitt 5 gezogenen Schlußfolgerungen horizontale Maßnahmen auf der Grundlage von Artikel 90 zu ergreifen gedenkt (Ergänzung der bestehenden Artikel 90 Richtlinien), wird sie transparente Konsultationsverfahren einhalten. Insbesondere wird sie solche Ergänzungen an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuß und den Ausschuß der Regionen weiterleiten und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften mit einer zweimonatigen öffentlichen Anhörungsfrist veröffentlichen.<sup>82</sup> Der in dieser Mitteilung dargestellte Ansatz wird den Wettbewerb in der Telekommunikation und bei Multimedia zum Nutzen der Verbraucher dadurch fördern, daß neue Unternehmen auf den Markt treten und Wettbewerb im Ortsnetz entstehen kann. Die Chancen auf die Entwicklung neuer innovativer Dienste und auf die Schaffung einer auf den Weltmärkten konkurrenzfähigen europäischen Multimedia-Industrie werden damit wesentlich verbessert.

## Prüfung von Optionen :

### Auszug aus "Cable Review - Study on the Competition Implications in Telecommunications and Multi-Media Markets" (Executive Summary), Arthur D. Little

---

Dem Prüfungsumfang der Studie entsprechend wurden die folgenden Optionen betrachtet:

#### Optionen für Eigentum in einer Hand

Grob gesprochen lassen sich die Optionen, welche den Fall betreffen, daß ein und dieselbe Person sowohl ein Kabelfernseh- wie auch ein Telekommunikationsnetz betreibt (im folgenden jeweils "Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt" und "Eigentum in einer Hand" genannt), in vier Kategorien einteilen

- ⇒ Beibehaltung des Eigentums in einer Hand;
- ⇒ Eigentum zum Teil in einer Hand;
- ⇒ Abtrennung des Kabelfernsehgeschäftsbereichs;
- ⇒ Übergang vom Eigentum in einer Hand zur Abtrennung.

Hinsichtlich der *ersten Kategorie* wurden sechs Optionen untersucht. Diese erlegen der Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, einen jeweils unterschiedlichen Grad an Beschränkungen auf. Die Auswirkungen auf die Entwicklung von Infrastruktur und Diensten nehmen mit der Transparenz und der Trennung innerhalb des Konzerns der Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, zu.

Die *zweite Kategorie* - Eigentum zum Teil in einer Hand- umfaßt eine mit dem Erwerb größerer Anteile durch zusätzliche Teilhaber wachsende Trennung des Kabelfernsehunternehmens von der Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt. Je größer diese Anteile sind, desto größer sind auch die Auswirkungen auf eine beschleunigte Entwicklung von Infrastruktur und Diensten in den Mitgliedstaaten.

Die Abtrennung des Kabelfernsehgeschäftsbereichs der Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, die *dritte Kategorie*, hat bedeutende Auswirkungen auf die Entwicklung von Infrastruktur und Diensten, indem sie zu größeren Kapazitätswachsen, größerer Zugänglichkeit von Kunden in Wohngebieten und Verfügbarkeit von Diensten, hoher Innovation und der Fähigkeit anderer Diensteanbieter, ihre Dienste mittels verschiedener Infrastrukturen anzubieten, führt. Die Umsetzung dieser Option wird eine verlässliche Grundlage für die Entwicklung der Telekommunikations- und Multimediamärkte schaffen, die im Einklang mit den Zielen der Europäischen Union steht.

Im Hinblick auf die *vierte Kategorie* wurden zwei Optionen für den Zeitraum zwischen dem Eigentum in einer Hand und teilweiser und/oder vollständiger Abtrennung, die von vielen der befragten Personen erwähnt worden waren (Einführung eines unabhängigen Treuhänders und strukturelle Trennung) untersucht. Diese Optionen können miteinander kombiniert werden. In den Niederlanden zum Beispiel muß KPN nicht nur seinen Kabelgeschäftsbereich in rechtlicher Hinsicht von seinen Telekommunikationsaktivitäten trennen, sondern auch eine getrennte Geschäftsführung einrichten und einen unabhängigen Treuhänder einsetzen. Die Regulierungsbehörde hat diese Maßnahmen vorgeschrieben, um eine teilweise Abtrennung des Kabelgeschäftsbereichs von KPN in die Wege zu leiten, die in die Richtung einer Minderheitsbeteiligung von letztlich weniger als 25 % geht.

Die übrigen oben beschriebenen Optionen können ebenfalls einen Teil des Übergangs weg vom Eigentum in einer Hand darstellen.

Die nachstehende Abbildung faßt die Ergebnisse der Untersuchung zehn wichtiger Optionen in den beschriebenen vier Kategorien dar.

Optionen hin-sichtlich des Eigentums	Auswirkung auf Infrastruktur				Auswirkung auf Dienste		Bemerkungen
	Kapazitäts- verbesserun g	Zugang zu Kunden in Wohnge- bieten	Verbesse- rung bzgl. Kosten/ Leistung	Verfügbarkei t von Produkten und Diensten	Größere Auswahl an Dienste- anbietern	Innovations- grad für neue Dienste + An- wendungen	
1. Beibehaltung des Eigentums in einer Hand ohne sonstige Änderungen	•	•	•	•	•	•	➡ Keine Umrüstung des Kabelnetzes  ➡ Weniger Innovation bei Erbringung der Dienste  ➡ Verlangsamung der Entwicklung des Dienstehalts  ➡ Kurz- und mittelfristig kein Wettbewerb hinsichtlich der Infrastruktur  ➡ Starke Regulierungsbehörde erforderlich
2. Beibehaltung des Eigentums in einer Hand/Direct-to-home Entwicklung hin zu digitalen Mehrkanal-	•	•	•	■	■	•	➡ Auswirkung auf Kabelnetzumrüstung zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit  ➡ Steigende Verfügbarkeit von Produkten und Diensten infolge

h:\duhamma\data\winword\speech\hu\9802onl.doc

Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles/Wetstraat 200, B-1049 Brussel - Belgien - Büro: C158 3/44.  
 Telefon: Durchwahl: (+32-2)2968623/68622, Zentrale 299.11.11. Telefax: 2969819.  
 Fernschreiber: COMEU B 21877. Telegrammadresse: COMEUR Brüssel.

Internet: Herbert.Ungerer@dg4.cec.be ----- <http://europa.eu.int/en/comm/dg04/dg4home.htm>

Optionen hinsichtlich des Eigentums	Auswirkung auf Infrastruktur				Auswirkung auf Dienste		Bemerkungen
	Kapazitätsverbesserung	Zugang zu Kunden in Wohngebieten	Verbesserung bzgl. Kosten/Leistung	Verfügbarkeit von Produkten und Diensten	Größere Auswahl an Diensteanbietern	Innovationsgrad für neue Dienste + Anwendungen	
Diensten							<p>zunehmenden Wettbewerbs</p> <p>⇒ Zunehmende Zahl von Diensteanbietern auf dem Markt</p> <p>⇒ Keine Auswirkung auf Umrüstung hin zu bidirektionalen Diensten</p>
3. Beibehaltung des Eigentums in einer Hand, aber Gewährung offenen Zugangs zum Kabelnetz des Eigentümers	•	■	•	■	■	•	<p>⇒ Erhöhter Wettbewerb hinsichtlich Inhalt der Dienste</p> <p>⇒ Starke Regulierungsbehörde erforderlich</p> <p>⇒ Zur Umrüstung des Kabelnetzes erforderliche Investitionen je nach Mitgliedstaat sehr verschieden</p>
4. Beibehaltung des Eigentums in einer Hand, aber Öffnung des Spektrums für drahtlose (Schmalband-) Fern-	■	■	•	•	■	■	<p>⇒ Möglicherweise mittelfristiger Wettbewerb hinsichtlich Infrastruktur</p> <p>⇒ Möglicher Wertverlust des Kabelnetzes</p>

Optionen hinsichtlich des Eigentums	Auswirkung auf Infrastruktur				Auswirkung auf Dienste		Bemerkungen
	Kapazitätsverbesserung	Zugang zu Kunden in Wohngebieten	Verbesserung bzgl. Kosten/Leistung	Verfügbarkeit von Produkten und Diensten	Größere Auswahl an Diensteanbietern	Innovationsgrad für neue Dienste + Anwendungen	
sprechleitungen							<p>⇒ Person, die Eigentum in einer Hand vereinigt, zur Verbesserung des Kabelnetzes gezwungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben</p> <p>⇒ Verbesserung der Entwicklung bezüglich Dienstehalts</p> <p>⇒ Digitale Zwei-Wege Breitband-Technologie noch nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen erhältlich; ausgedehnte Verlegung in naher Zukunft nicht realistisch</p>
5. Gesetzliche Trennung (Schaffung einer 100%igen Tochtergesellschaft)	•	•	■	■	■	•	<p>⇒ Mindestbedingung für effektive Überwachung des Wettbewerbsverhaltens</p> <p>⇒ Transparenz von Anlagegütern und Kosten</p> <p>⇒ Klare Zuweisung von Gewinn/Verlust</p> <p>⇒ Erlaubt Teilhabern und Regulierungsbehörde, Profitabilität von</p>

Optionen hin-sichtlich des Eigentums	Auswirkung auf Infrastruktur				Auswirkung auf Dienste		Bemerkungen
	Kapazitäts- verbesserun g	Zugang zu Kunden in Wohnge- bieten	Verbesse- rung bzgl. Kosten/ Leistung	Verfügbarkei t von Produkten und Diensten	Größere Auswahl an Dienste- anbietern	Innovations- grad für neue Dienste + An- wendungen	
							Kabelfernsehen zu erkennen



6. Gesetzliche Trennung und Trennung der Geschäftsführung	•	■	■■	■■	■	•	➡ Wie unter 5  ➡ Getrennte Geschäftsführungen müssen Teilhabern und Öffentlichkeit Erfolge vorweisen  ➡ Ansporn für Geschäftsführung, Zahl der Dienste und Leistung des Netzes zu erhöhen  ➡ Finanzielle und Geschäftsführungsdetails müssen nach wie vor der Muttergesellschaft mitgeteilt werden
7. Eigentum zum Teil in einer Hand							
7.1 Bestehendes Unternehmen besitzt > 50%	■	■■	■■	■■	■■	■	➡ Alle in 5 und 6 gemachten Anmerkungen  . Mehrheit der Anteile erlaubt der Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, Geschäftsführungsentscheidungen zu treffen und daher Wettbewerb zwischen den zwei Infrastrukturen zu vermeiden  . Besonderer Vertrag mit anderen Teilhabern könnte Entwicklung von Infrastruktur und Diensten beeinflussen
7.2 Bestehendes Unternehmen besitzt <	■■	■■	■■■	■■■	■■■	■■	➡ Umrüstung des Kabelnetzes nach Geschäftsplan möglich  ➡ Größere Chancen für Diensteanbieter, die der Person

50%							<p>nahestehen, die das Eigentum in einer Hand vereinigt</p> <p>⇒ Finanzielle und Geschäftsführungsentscheidungen müssen der Muttergesellschaft mitgeteilt werden</p> <p>⇒ Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, kann mit seinem Stimmanteil größere Wettbewerbsmaßnahmen blockieren, z.B. bezgl. POTS (herkömmlichen Telekommunikationsdiensten)</p>
7.3 Bestehendes Unternehmen besitzt < 25%	■■■	■■■	■■■	■■■	■■■	■■	<p>⇒ Da die Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, keinen "blockierenden" Minderheitsanteil hat, kann von der Geschäftsführung gemäß Geschäftsplan ein Wettbewerber aufgebaut werden, der die vollständige Dienstleistung anbietet</p> <p>⇒ Person, die das Eigentum in einer Hand vereinigt, kann Verbindung zum Kabelfernsehtz beibehalten, um Kabelfernsehdienste zu erbringen</p>

8. Eigentum nicht in einer Hand vereinigt	■■■	■■■	■■■	■■■	■■■	■■■	➡ Wettbewerb hinsichtlich Diensten und Infrastrukturen ➡ Verbesserte Zugänglichkeit von Kunden in Wohngebieten ➡ Vollständige Verbesserung des Kabelfernsehnetzes ➡ Technologieverbesserung als Wettbewerbsvorteil verwendbarer Netzbetreiber ➡ Wachsende Auswahl an Anbietern von Diensten (auch ähnlichen Diensten) aufgrund zusätzlicher Kapazität und Wettbewerb zwischen Infrastrukturen
---	-----	-----	-----	-----	-----	-----	---

- Keine Auswirkung   ■ Geringe Auswirkung   ■■ Mittlere Auswirkung   ■■■ Große Auswirkung

Zusätzliche Optionen für Übergangszeiten							
9. Unabhängiger Treuhänder	.	■ ■	■	■ ■	■ ■	.	<p>⇒ Unabhängiger Treuhänder ist in der Lage, die Kosten/Leistung der Netze zu optimieren</p> <p>⇒ Unabhängiger Treuhänder wird wahrscheinlich Mittel für Umrüstung des Netzes erlangen</p> <p>⇒ In den Niederlanden wird von der Treuhänderoption während des Übergangs zur teilweisen Abtrennung Gebrauch gemacht</p>
10. Trennung von Netz und Diensten (Schaffung getrennter Tochtergesellschaften)	■	■ ■	■	■	■	■	<p>⇒ Sehr beschränkte Umrüstung des Netzes aufgrund ablehnender Haltung des Netzeigentümers (der an den Vorteilen der Verbesserung nicht teilhaben kann)</p> <p>⇒ Preiserhöhung, da Netzbetrieb auf sich allein gestellt profitabel sein muß</p> <p>⇒ Starke Regulierungsbehörde erforderlich, um steigende Preise zu kontrollieren</p> <p>⇒ Wenn den Erbringern der Dienste erlaubt wird, in die Verbesserung des Netzes zu investieren, "wird ein geteiltes Eigentum geschaffen".</p>

• Keine Auswirkung   ■ Geringe Auswirkung   ■■ Mittlere Auswirkung   ■■■ Große Auswirkung



**h:\duhamma\data\winword\speech\hu\9802onl.doc**

Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles/Wetstraat 200, B-1049 Brussel - Belgien - Büro: C158 3/44.  
Telefon: Durchwahl: (+32-2)2968623/68622, Zentrale 299.11.11. Telefax: 2969819.  
Fernschreiber: COMEU B 21877. Telegrammadresse: COMEUR Brüssel.

Internet: Herbert.Ungerer@dg4.cec.be ----- <http://europa.eu.int/en/comm/dg04/dg4home.htm>